



DIE UNABHÄNGIGEN

(Bürgerinnen und Bürger für Hennef) e.V.

Fraktionsbüro: 53773 Hennef, Frankfurter Straße 97, Rathausurm,
1. OG, Zimmer 1.04, Telefon: 02242/888208, Telefax: 02242/8887208
Im Internet finden Sie uns unter: WWW.Unabhaengige-Hennef.com

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in diesem Jahr möchte ich gerne meine Haushaltsrede unter ein Motto stellen:

Intelligenz fängt an mit der Erkenntnis: so wie bisher kann es nicht weitergehen!

(Thomas von Aquin)

Jeder von uns weiß, dass der städtische Haushalt immer von zwei wesentlichen Positionen beeinflusst wird, nämlich den Transferaufwendungen mit über 50 Mio. € als größtem und gleich danach den Personalkosten mit über 32 Mio. als zweitgrößtem Posten. Damit sind dann annähernd 70% des städtischen Haushaltes verplant. Auf die Kreisumlage, die mit 22 Mio. Teil der Transferkosten ist, haben ja nur unsere Kreistagsmitglieder Einfluss. Soweit die jetzt hier in unserer Runde sitzen, kann ich von mir aus nur an sie appellieren, im Kreistag ihren Einfluss geltend zu machen und auch den Kreis zum Sparen anzuhalten.

Wir haben hier im Rat aber die Personalkosten als Einflussgröße und da sollten wir uns gemeinsam daranmachen. Der BdSt (Bund der Steuerzahler) hält eine Personalkostenquote von 20% des Haushaltes für angemessen. Hennef liegt hier für nächstes Jahr schon bei 27,1%, also offensichtlich über dem Richtwert. Der BdSt weist darüber hinaus auch noch darauf hin, dass hier noch Sach- bzw. Transferkosten hinzugerechnet werden müssen, die in den ausgewiesenen Personalkosten noch nicht enthalten sind (beispielsweise für Leistungen durch Dritte, z. B. Gebäudereinigung). Hier gibt es also Luft für Einsparungen. Stattdessen hat der Personalausschuss 18,9 neue Stellen beschlossen. Wer sich selbst gegenüber ehrlich ist, weiß auch, dass kein Ratsmitglied sich darüber im Klaren ist, wo genau und zu welchem Zweck die Stellen denn gebraucht werden. Hier kann nur ein Personalentwicklungsplan Abhilfe schaffen und damit ist klar: ein solcher Plan macht zwar Arbeit, ist aber des Schweißes der Edlen wert!

Was diese Art des Sparens angeht, gibt es am 23. Mai 2016 eine positive Nachricht aus dem Kreishaus. Zwei Dezernenten gehen im Januar 2017 in den Ruhestand. Hier gibt es schwarz-grünes Einverständnis, die beiden Stellen nicht neu zu besetzen. Gut gemacht!

Generationengerechtigkeit fängt an mit der Erkenntnis: so wie bisher kann es nicht weitergehen!

Die langfristige Lösung liegt in der Einführung von NKF, der „Neuen Kommunalen Finanzreform“ begründet.

Bei der Einführung der NKF ist ja ein erklärter Gesichtspunkt die Beachtung von Generationengerechtigkeit gewesen. Anders gesagt: die nachfolgenden Generationen sollen nicht für die heute gemachten Schulden haften müssen. Wir Unabhängigen hatten ja schon im vergangenen Jahr die Einführung einer Nachhaltigkeitssatzung beantragt, die wir dann leider wieder zurückziehen mussten, weil die Verwaltung dort an unserem Entwurf Änderungen vorgenommen hatte, die "eine Erhöhung der Grundsteuer" vorgeschlagen und dies als "Generationengerechtigkeit" bezeichnet hatte. Generationengerechtigkeit recht verstanden ist aber keineswegs die Belastung der heutigen Generation durch Steuererhöhungen, die ja in aller Regel in der Zukunft kaum noch zurück genommen sondern eher noch weiter erhöht werden, sondern vielmehr die Entlastung zukünftiger Generationen durch Schuldentilgung.

Es ist offensichtlich, dass man Schulden nur abbauen kann, wenn entsprechende Überschüsse im Haushalt entstehen. Hier haben die Unabhängigen zugegebenermaßen bisher auch noch nicht den Stein der Weisen gefunden. Klar muss aber sein (und ist es auch!), dass ein "weiter so wie bisher!" die Stadt Hennef und seine Bürger nicht weiterführt. Die allgemeine Rücklage wird weiter Jahr für Jahr um Millionenbeträge abgeschmolzen, die Verschuldung in Form der Kassenkredite steigt munter weiter und ein Ende ist nicht abzusehen. Ich erspare mir hier an dieser Stelle, die dazugehörigen Zahlen zum x-ten Mal herunterzubeten.

Es hilft also nur, die alten, eingefahrenen Gedankenschienen zu verlassen und sich unkonventionellen Lösungen zuzuwenden.

Einen, wie wir meinen, sehr guten Lösungsansatz möchte ich hier gerne aufzeigen. Es ist ein langfristiger Ansatz, aber es geht ja hier auch um "Generationengerechtigkeit". Wir wissen alle, dass Beamte auf die Lebenszeit gesehen für die Bürger teurer sind als Angestellte. Das liegt wesentlich daran, dass Angestellte nach Ende der Arbeit von der Gehaltsliste der Kommune verschwinden und ab diesem Zeitpunkt aus der Kasse der Rentenversicherung bezahlt werden, die Beamten aber weiterhin bis an ihr Lebensende aus der Kasse der Kommune ihre wohlverdiente Alimentation erhalten. Selbst wenn der jeweilige Beamte das Zeitliche segnet, ist es immer so, dass seine Witwe bis an deren Lebensende auch noch auf der Gehaltsliste der Kommune auftaucht. Sei ihr gegönnt!

Das führt aber nun zu der elementaren Erkenntnis, dass in der städtischen Verwaltung auf einem Beamtenstuhl meist nicht nur ein einziger Beamter sitzt, sondern fast immer mehrere. Der Beamte, sein Vorgänger, evtl. dessen Witwe, usw. usf. Beispiel: auf ihrem Stuhl, Herr Bürgermeister, sitzen z. B. zurzeit schon zwei, nämlich Sie und ihr Vorgänger als Pensionär! Es gibt tatsächlich Ämter in der Verwaltung, da sitzen schon drei auf einem Stuhl (was für ein Gedränge!) und wenn es Stühle mit vier oder noch mehr Personen gäbe, es würde mich nicht

wundern! Die erhalten als Pensionäre alle bis ans Lebensende ihr Salär aus der Stadtkasse!

Halten wir also fest: Beamte sind auf Lebenszeit gesehen teurer als Angestellte! Der logische Schluss ist also zulässig: "Je weniger Beamte, desto mehr Generationengerechtigkeit!"

Nächster Logikschritt: Wenn also unser Bürgermeister und der gesamte Rat der Stadt an Generationengerechtigkeit interessiert ist und sie zur Maxime ihres Handelns machen wollen, muss darauf geachtet werden, dass Beamte in Zukunft immer nur noch da eingesetzt werden, wo "hoheitliches Handeln" vorgesehen und vorgeschrieben ist. Hoheitliches Handeln ist sicher nicht dadurch gekennzeichnet, dass der Amtsleiter in jedem Fall Beamter ist. Hier gibt es in der Verwaltung genügend Beispiele, wo Angestellte die Amtsleitungsfunktion ausführen, denen aber gleichzeitig Beamte zuarbeiten. Solche Fälle sind ein sicherer Beweis, dass in solchen Ämtern kein "hoheitliches Handeln" vorliegt.

Abruf von Landeszuschüssen fängt an mit der Erkenntnis: so wie bisher kann es nicht weitergehen!

Es wird viel Geld ausgegeben, wenn das Land mit Zuschüssen winkt. Sieht man einmal davon ab, dass diese Gelder auch Steuermittel sind, die aus den Taschen der Bürger kommen, muss die Stadt ja immer auch noch „eigenes“ Geld dazulegen. Leider sind die Eigenmittel nur dann sinnvoll investiert, wenn das Investitionsobjekt auch entsprechend gepflegt wird. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Baumaßnahmen im Zuge der Regionale 2010. Das Aussichtsbrückchen an der Allner Mühle, die gegenüber liegende Schlossmauer und auch das Marienbrunnchen in Bödingen. Zugegeben, Einweihungen an solchen Orten sind immer eine gute Gelegenheit für ein wunderschönes Pressefoto, immer nach dem Grundsatz: tue Gutes und rede darüber! Leider sind die drei Leuchttürme der Hennefer Heimatpflege längst zugewuchert oder vermüllt. Unter diesen Umständen ist das verlorene Geld. Man darf sich also von Landeszuschüssen nicht ködern oder gar blenden lassen, es entstehen in solchen Fällen immer auch nicht unerhebliche Folgekosten, die dann zu 100% an der Kommune hängen bleiben.

Baumaßnahmen fangen an mit der Erkenntnis: so wie bisher kann es nicht weitergehen!

Die Errichtung des neuen Baubetriebshofes sollte ursprünglich „kostenneutral“ ablaufen, also nichts kosten. ALDI gibt für den alten Baubetriebshof 3 Mio., dafür bauen wir einen neuen. Schon beim Spatenstich im April 2013 wurden Kosten von 4,8 Mio. bekanntgegeben. Leider hat man bis heute die Grundstückskosten in Höhe von 1,2 Mio. vergessen, so dass die wahren Kosten bei 6 Mio. liegen. Das sind zwar immer noch keine Dimensionen wie bei der Elbphilharmonie, wir sind aber auch nur das kleine Hennef und keineswegs das große Hamburg.

Gründung von Stadtbetrieben fängt mit der Erkenntnis: so wie bisher kann es nicht weitergehen!

Es ist noch nicht lange her, dass die SPD einen Einstieg der Stadt in den sozialen Wohnungsbau durch Gründung einer eigenen Wohnungsbaugesellschaft gefordert hat. Das ist ja nun wirklich gut gemeint, aber leider nicht gut gemacht. Jedes Ratsmitglied weiß doch, dass die Stadtentwicklungsgesellschaft keine bebaubaren oder vermarktbareren Flächen besitzt, weshalb hier seit Jahr und Tag rote Zahlen im hohen sechsstelligen Bereich geschrieben werden. Auch hier wieder hat die SPD bei Forderungen, wie so oft, wieder einmal vergessen zu sagen wie die Sache denn finanziert werden soll. Der Satz: „Ausgabenvorschlag nur gegen Deckungsvorschlag“ ist ja hier in Hennef schon sprichwörtlich. Wir Unabhängige können der SPD da weiterhelfen!

Da gibt es doch die bekannte GWG (gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft), deren Eigentümer ausnahmslos Kommunen aus dem RSK sind, unter anderem die Stadt Hennef. Diese GWG liefert Jahr für Jahr Gewinne in Form einer Dividende bei den Kommunen ab. So weit, so gut!

Allerdings lag die Dividendenrendite seit 2004 noch nie unter 30%, seit 2010 nie unter 60%, in der Spitze sogar bei 136%. Wenn man weiß, wieviel Unrat über der Deutschen Bank ausgeschüttet wurde, weil deren Vorstandschef Josef Ackermann eine Rendite von 25% auf das Eigenkapital erreichen wollte (was ihm nebenbei nie gelungen ist), dann kann man solche Renditen eigentlich nur noch als obszön bezeichnen. Hier werden Sozialmieter auf gut Deutsch „abgezockt“.

Statt nun diese Gewinne wieder zu reinvestieren, werden sie in den jeweiligen kommunalen Haushalt gesteckt und versickern dort. Wir reden hier über Summen (seit 2004) von im Schnitt 18.000 € jährlich in den letzten 11 Jahren. Bei kommunalen Haushalten von mittlerweile über 100 Mio. sind die 18.000 € eine vernachlässigbare Größe.

Hätte die Stadt Hennef dieses Geld in der Gesellschaft belassen, wäre sie mit weitem Abstand zweitgrößter Investor (nach dem RSK) mit daraus folgenden Stimmrechten. Die SPD hätte keinen Grund zur Klage. Der zugehörige Lehrsatz heißt: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not!“.

Im Übrigen müsste bei der GWG dringend der Aufsichtsrat neu besetzt werden. Hier ist seltsamer Weise kein Hennefer vertreten. (Stand: 10.10.2016) Stattdessen aber Leute aus Sankt Augustin, Königswinter und Ruppichterath, Kommunen, die allesamt weniger Anteile am Eigenkapital der Gesellschaft halten. Der Härtefall ist die Stadt Troisdorf, die ein Mitglied entsendet, aber keinerlei Kapital hält. Der Grund ist sicher darin zu suchen, dass hier ein Landtagsabgeordneter seine schmalen Diäten aufbessern darf.

Lassen Sie mich zum Schluss besonders allen in Hennef im Sinne des Gemeinwohles tätigen Vereinen, der weitgehend ehrenamtlichen Feuerwehr, den Hilfsorganisationen, den Kirchengemeinden und den Einzelpersonen, die durch ihre Tätigkeiten und oft selbstlosen Einsatz entscheidend zur Lebensqualität in Hennef beitragen, Dank sagen. Ohne ihren Einsatz wären viele Aufgaben nicht zu bewältigen, auf deren Erfüllung die Stadt nicht verzichten kann. Die Unabhängigen werden dies wie in der Vergangenheit weiter aktiv fördern und unterstützen.

Ich danke aber auch und nicht zuletzt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit.